Das Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften

Aufbau, Zuständigkeiten, Verfahren

Von

Dr. jur. Heinrich Kirschner

Richter am Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften

Ministerialdirigent im Bundesministerium der Justiz



Carl Heymanns Verlag KG • Köln • Berlin • Bonn • München

anhält

\Vorv	vort	Seite V	Rdnr
ite	r Teil Grundlagen		
1	Einführung		
/.	Die Entwicklung des Prozeβrechts der Gemeinschaft1. Die Anfänge in der EGKS2. Die weitere Entwicklung	1 1 2	1 1 2
	1. Der Gegenstand der Darstellung 2. Der Aufbau der Darstellung	. 3	3 3 4
.2	Die Rechtsquellen des Prozeßrechts der Gemeinschaft		
r :II. II.	Verträge, Satzungen und ergänzende Beschlüsse des Rates. 1. Die Gründungsverträge. 2. Die Satzungen des Gerichtshofs. 3. Beschlüsse des Rates. Die Verfahrensordnungen. 1. Die Verfahrensordnung des Gerichtshofs. 2. Die Verfahrensordnung des Gerichts. Allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts. Ergänzendes nationales Recht.	5 6 6 7 7 8 9	5 5 6 7 8 8 9 10
13	Die Mitglieder des Gerichts		
/.	Das Amt der Mitglieder. 1. Zahl und Ernennung der Mitglieder. 2. Die Beendigung des Richteramtes.	12 13	12 12 13
'//. "*'	Ausschließung und Ablehnung.1. Die Ausschließung eines Richters.2. Die Ablehnung eines Richters.	14	14 14 15

§ 4	Aufbau und Organisation des Gerichts	Seite	Rdnr
/.	Die neue Struktur des Organs Gerichtshof	. 16	16
//.	Die Gerichtsverfassung des Gerichts	17	17
	1. Einführung	17	17
	 Die Sitzungen des Plenums in Verwaltungsfragen Die Zuständigkeiten des Präsidenten bei der 	17	18
	Geschäftsverteilung 4. Die Zuständigkeiten des Präsidenten in der	. 18	19
	Rechtsprechung.	19	20
	5. Die Kammern	. 20	21
	6. Die Verweisungen zwischen den Spruchkörpern	21	22
	7. Der Generalanwalt	. 21	23
§ 5	Parteien und Bevollmächtigte		
/.	Die Parteifähigkeit	23	24
	1. Die Mitgliedstaaten		24
	2. Die Organe der Gemeinschaften		25
	3. EIB, EZB, WSA und Agentur		26
	4. Einrichtungen des abgeleiteten Gemeinschaftsrechts.		27
	5. Die »anderen« Parteien		28
//.	Die Prozeßfähigkeit.	28	29
///.	Vertretung und Beistand	. 28	30
	1. Die Vertretung der Mitgliedstaaten und Organe		30
	2. Die Vertretung der anderen Parteien	29	31
	3. Die Rechte und Pflichten der Vertreter		32
§ 6	Die Gerichtsbarkeit der Gemeinschaftsgerichte und ihre sachlichen Zuständigkeiten		
/.	Die Zuständigkeit des Organs Gerichtshof	31	33
	1. Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	31	33
	2. Die Begründung der Zuständigkeit des Gerichtshofs	32	34
	3. Möglichkeiten der Derogation und Prorogation	33	35
//.	Das Verhältnis zur Gerichtsbarkeit der Mitgliedstaaten .1. Die Ausschließlichkeit der Zuständigkeit des	33	36
	Gerichtshofs	. 33	36
	2. Die Zuständigkeit als Sachurteilsvoraussetzung		37
	3. Negative Kompetenzkonflikte		38

		Seite	Rdnr
fl.	Die sachlichen Zuständigkeiten innerhalb des Organs		
	<i>Gerichtshof</i>Die sachliche Zuständigkeit des Gerichts	35	39
	1. Die sachliche Zuständigkeit des Gerichts	. 35	39
	2. Übergangsvorschriften im B 1993		40
V.		37	41
	Die Verweisung an das zuständige Gericht.	. 37	41
	 Die Aussetzung des Verfahrens Die Abgabe zur Entscheidung an den Gerichtshof 	38 38	42 43
	3. Die Augabe zur Einscheidung an den Genentshof	36	43
[w	eiter Teil Das System der direkten Klagen		
7	Die Nichtigkeitsklagen		
/.	Die Verfahren zur Kontrolle der Rechtmäßigkeit.	41	44
V.	Die Klagen der privilegierten Kläger des EGV	42	45
	1. Die Klagebefugnis	42	45
	2. Die anfechtbaren Handlungen		46
	Die Klagen der nicht privilegierten Kläger des EGV	44	47
	1. Die Entscheidung	44	47
	 Die Klagebefugnis Die Anfechtung einer Verordnung 		48 49
	4. Die Anfechtung von Richtlinien 4. Die Anfechtung von Richtlinien	48	50
IV.	Die vier Anfechtungsgründe.	49	51
	1. Die formellen Anfechtungs gründe	49	51
	2. Die materiellen Anfechtungs gründe	. 50	52
V			53
	Die Klagen der privilegierten Kläger.		53
	2. Die Klagen der nicht privilegierten Kläger	. 52	54
8	Die Untätigkeitsklagen		
/.	Die Klage des Art. 175 EGV.	. 54	55
	Rechtsnatur und Vorverfahren	54	55
	2. Die Klagen der privilegierten Kläger	56	56
	3. Die Klagen der nicht privilegierten Kläger.		
	4. Die Anfechtungsgründe		58
//.	Die Klage des Art. 35 EGKSV	58	59

Inhalt

§ 9	Die Verfahren mit unbeschränkter Ermessensnach- prüfung in den Verträgen	Seite	Rdnr
/. 1	Das Wesen der »pleine juridiction«	60	60
//.	Die Verfahren zur Überprüfung von Zwangsmaβ-		
, , .	nahmen.	61	61
	1. Die Regelungen der Verträge	61	61
	2. Das Verfahren.		62
///.	Die Verfahren wegen Schadensersatzes (Art. 178 EGV, 34, 40 EGKSV). 1. Die Zuständigkeit des Gerichtshofs nach	63	63
	Art. 178 EGV.	63	63
	2. Die zulässigen Klagearten	65	64
	Die Zulassigen Klagearten Das Verhältnis zur Nichtigkeitsklage		65
	4. Die Subsidiarität der Schadensersatzklage vor dem	03	0.5
		67	66
	Gerichtshof. 5. Die Regelung im EGKSV.	68	67
	5. Die Regelung im Loks v	00	07
§ 10	Die dienstrechtlichen Streitsachen		
/.	Grundlagen	70	68
, .	Die Zuständigkeit des Gerichtshofs	70	68
	2. Die Arten der Verfahren		69
//.	Die beschwerende Maßnahme der Anstellungsbehörde .		70
//.	Funktion und Bedeutung der beschwerenden	13	70
	Maßnahme.	73	70
	2. Die Abgrenzung zu nicht anfechtbaren Maßnahmen		71
	3. Doppelrelevante Tatsachen		72
///.	Das Verhältnis der Nichtigkeitsklage zu den		
,,, .	Streitsachen vermögensrechtlicher Art.	76	73
IV.			74
IV.	Das Vorverfahren. 1. Sinn und Arten des Vorverfahrens.	76	74 74
	Das zweistufige Vorverfahren		75
	3. Die einstufiger Vorverfahren	78	76
	4. Vorverfahren bei Verfahren vermögensrecht-	/0	/ 0
	licher Art	70	77
	5. Die Abkürzung des Vorverfahrens	20 20	78
	6 Wirkung und Rewertung des Vorverfahrens		70

	Seite	Rdnr
Anhang zu dem Klagesystem		
Das Rechtsschutzinteresse.		80
f. Allgemeines. •%, Das Rechtsschutzinteresse bei der Nichtigkeitsklage.	_	80 81
\$, Das Rechtsschutzinteresse bei der Untätigkeitsklage.	84	82
4. Das Rechtsschutzinteresse bei dienstrechtlichen	0-	02
Klagen	. 84	83
Iβie inzidente Normenkontrolle	85	84
4. Wesen		84
2. Der Gegenstand der Kontrolle		85
3. Der Anwendungsbereich der Vorschrift	86	86
¹ Teil Das allgemeine Verfahren in erster Instanz		
Der Beginn des schriftlichen Verfahrens		
Überblick	. 87	87
Die Prozeßkostenhilfe.	87	88
Die Klagefrist	. 88	89
Dauer und Beginn der Klagefrist		89
2. Berechnung und Ende der Klagefrist	90	90
3. Fristversäumung und Entschuldigung.	91	91
Die Klageerhebung.	92	92
Die Einreichung der Klageschrift	92	92
2. Die Wahl der Verfahrenssprache	93	93
3. Der Inhalt der Klageschrift	. 93	94
4. Die Klagegründe in den Verfahren der Recht-	05	05
mäßigkeitskontrolle. 5. Die Klagegründe in den Verfahren zur Überprü-	93	95
fung einer Sanktion	97	96
6. Die Klagegründe einer Schadensersatzklage	98	97
Die Rechtshängigkeit		98
Das weitere schriftliche Verfahren		
	100	99
Die Klagebeantwortung. 1. Einreichung und Inhalt.	100	99 99
Die Verteidigungsmittel	101	100

Inhalt

			Rdnr
//.	Replik undDuplik	102	101
	 Der numerus clausus der Schriftsätze. Die Präklusion neuen Vorbringens in Replik und 	102	101
	Duplik	103	102
	3. Zulässige neue Angriffs- und Verteidigungsmittel	103	103
	4. Die Einführung neuen Vorbringens in das Verfahren	105	104
///.	Die Klageänderung	106	105
	1. Einführung.	106	105
	2. Der Parteiwechsel		106
	3. Änderungen der Anträge	107	107
§ 14	Die Verfahrensgrundsätze		
/.	Der Verfügungsgrundsatz	109	108
	/1. Die Bedeutung des Verfügungsgrundsatzes. / 2. Die Bindung des Richters an die Angriffs- und	.109	108
,	Verteidigungsmittel der Parteien	109	109
	3. Richterrechtliche Milderungen der Bindung	.110	110
II.	Von Amts wegen zu berücksichtigende Umstände	111	111
	 Unverzichtbare ProzeßVoraussetzungen Verletzung wesentlicher Formvorschriften und 	.111	111
	Unzuständigkeit	111	112
	3. Ermessensmißbrauch und Verletzung des	110	
	Gemeinschaftsrechts		113
///.	Der Untersuchungsgrundsatz	114	114
	1. Geltungsbereich		114 115
	 Einschränkungen des Untersuchungsgrundsatzes Die eingeschränkte Kontrolldichte 		113
IV.	Das rechtliche Gehör.		117
IV.	Das recrutiche Genor.	11/	11/
§ 15	Die mündliche Verhandlung		
/.	Die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung durch		
	das Gericht		118
	1. Der Vorbericht		118
	 Die prozeßleitenden Maßnahmen Prozeßleitende Maßnahmen in der Praxis des 		119
	Gerichts.		120
	4. Die Anordnung von Beweisaufnahmen		121
	5. Die Beweisaufnahme in der Praxis des Gerichts		122
//.	Die mündliche Verhandlung.		123
	1. Die Erforderlichkeit der mündlichen Verhandlung	122	123

			Rdnr
	2. Der Sitzungsbericht		124
	3. Die Durchführung der mündlichen Verhandlung	123	125
	$4. \ \ Die \ Wiederer\"{o}ffnung \ der \ m\"{u}ndlichen \ Verhandlung \ .$	124	126
16	Die Entscheidungen des Gerichts		
	Die Urteile.		127
	1. Die Arten der Urteile	126	127
	 Beratung, Inhalt und Verkündung der Urteile Der maßgebliche Zeitpunkt für den Inhalt der 		128
	Entscheidung.	127	129
	4. Die Erledigung der Hauptsache.		130
	Die Wirkungen der Urteile.	129	131
	Bindungswirkung, Berichtigung und Ergänzung der Urteile.	120	131
	Die Vollstreckbarkeit.		131
	3. Die Rechtskraft.		133
	4. Die Gestaltungswirkung		134
	Weitere Endentscheidungen des Gerichts		135
	1. Beschlüsse der Kammern	132	135
	2. Der Beschluß des Präsidenten nach einer außerge-		
	richtlichen Einigung	. 133	136
	3. Der Beschluß des Präsidenten nach einer Rücknahme der Klage.	13/	137
	_		
	Kostenrecht		138 138
	 Die Kostenentscheidung Die Entscheidungen über erstattungsfähige Kosten 	136	139
	2. Die Einsenerdungen über erstättungsränige Rosten .	130	137
	¹ Teil: Besondere Verfahrensarten und das Rechtsmittelverfahren		
17	Die besonderen Verfahrensarten zur Prüfung der Zulässigkeit, der Zwischenstreit und das Versäumnis- verfahren		
	Die Abweisung offensichtlich unzulässiger Klagen von Amts wegen.	137	140
	Die besondere Zulässigkeitsprüfung auf Antrag des	131	170
	Beklagten	138	141
	Die sonstige Prüfung der Zulässigkeit von Amts wegen .	139	142
	Die sonstige I Tujung der Zulassigkeit von Amis wegen .	139	142

			Rdnr
IV.	Der Zwischenstreit des Art. 114 VFO G.		143
V.	Das Versäumnisverfahren		144
	1. Das Verfahren bis zum Versäumnisurteil		144
	2. Das Verfahren nach dem Einspruch	.142	145
§ 18	Das Rechtsmittelverfahren		
/.	Wesen und Zulässigkeit des Rechtsmittels	.143	146
	1. Das Wesen des Rechtsmittels.	.143	146
	2. Die Statthaftigkeit des Rechtsmittels	143	147
	3. Die Berechtigung zur Einlegung des Rechtsmittels	145	148
	4. Die drei Anfechtungsgründe		149
//.	Das Verfahren.	147	150
	1. Die Rechtsmittelfristen		150
	2. Die Einlegung des Rechtsmittels		151
	3. Die vereinfachte Zurückweisung des Rechtsmittels .		152
	4. Die Rechtsmittelbeantwortung		153
	5. Das Anschlußrechtsmittel	149	154
	6. Das weitere Verfahren	150	155
	7. Die Rücknahme des Rechtsmittels	150	156
///.	Die Entscheidung über das Rechtsmittel.	.151	157
	1. Die Zurückweisung des Rechtsmittels		157
	2. Die Aufhebung und Zurückverweisung		158
	3. Die Bindungswirkung des Urteils des Gerichtshofs .		159
IV.	Das Verfahren nach einer Zurückverweisung	152	160
	1. Die Zuweisung an einen Spruchkörper	152	160
	2. Die Fortsetzung des Verfahrens		161
	3. Das erneute Urteil des Gerichts	153	162
§ 19	Der einstweilige Rechtsschutz		
/.	Die drei Verfahrensarten	. 155	163
/•	1. Die Aussetzung des Vollzuges nach Art. 185	133	100
	Satz 2 EGV.	155	163
	2. Die Aussetzung der Zwangsvollstreckung nach	. 133	10.
	Art. 192 Abs. 4 EGV	156	164
	3. Die einstweiligen Anordnungen nach Art. 186 EGV.	156	165
//			
//.	Das Verfahren.		166 166
	 Der Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz. Das weitere Verfahren. 	159	167
	2. Das Weitere Verfalliell 2. Das Roschluß des Prösidenten		169

\$20	Die Streithilfe	Seite	Rdnr
/.	Die Veröffentlichung nach Art. 24 § 6 VFO G	161	169
//.	 Das Verfahren. Die Zulässigkeit der Streithilfe. Der Antrag auf Zulassung als Streithelfer. Das Verfahren bis zur Entscheidung über den 	.161 .161 163	170 170 171
///.	Beitritt. 4. Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen. 5. Das weitere Verfahren nach dem Beitritt. 6. Rechtsmittel der Streithelfer. 7. Rechtsmittel Dritter ohne vorherigen Streitbeitritt 8. Die erstmalige Streithilfe im Rechtsmittelverfahren . Die fehlende Beiladung.	164 165 166 166 167	172 173 174 175 176 177
121	Die außerordentlichen Rechtsbehelfe		
. /. //. #//.	Der Drittwiderspruch 1. Der Sinn des Drittwiderspruchs. 2. Die Zulässigkeit des Drittwiderspruchs. 3. Das Verfahren. Die Wiederaufnahme des Verfahrens. 1. Der Sinn der Wiederaufnahme. 2. Der Antrag auf Wiederaufnahme. 3. Das weitere Verfahren. Das Auslegungsverfahren.	169 170 171 171 171 172 173	179 179 180 181 182 183 184 185
\$ 22	2 Ausblick		
/. !//.	Die Anfechtung der Entscheidungen des Markenamtes . Die Übertragung weiterer Zuständigkeiten nach	175	186
1//.	Art. 168 a Abs. 1 EGV.	176	187
1	Kürzungen	179	
	itur	183	
	ister	193	